

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Strohfonto: Kreis-Charakter Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Rbin

Nummer 264

Strohfonto Nr. 1

Laasphe, Montag den 11. November 1929

54. Jahrgang

Neues vom Tage.

Reichspräsident v. Hindenburg hat sich am Samstag nach Groß-Buch, Bezirk Stettin, begeben, um dort an der Taufe seines Neffen v. Brodowski teilzunehmen. Der Reichspräsident wird im Verlauf dieser Woche wieder nach Berlin zurückkehren.

Der kommunistische preussische Landtagsabgeordnete Wilhelm Kasper wurde in Stockholm, als er bei einer Versammlung unter freiem Himmel eine Propagandarede hielt, von Kriminalbeamten verhaftet. Beim Oberstadthalteramt ist seine sofortige Ausweisung beantragt worden.

Bei dem Bau eines Tunnels für städtische Wasserwerke in Colebrook (Hampshire) explodierten 90 Pfund Dynamit vorzeitig, wodurch fünf Arbeiter getötet wurden.

In Jefferson (Nordamerika) brachen nachts fünf Banditen in die landwirtschaftliche Bank ein. Es gelang ihnen, mit 420 000 Mark Bargeld zu entkommen.

Die chinesische Regierung hat beschlossen, sämtliche ausländische Konzessionen in Schanghai, Tientsin und Hankow abzugeben und diese Bahnlinien zu verstaatlichen.

Einer Meldung aus Tientsin zufolge, fordern die Banditen, die den Amerikaner Aaron Brenner entführten, den Betrag von zwei Millionen Mark als Lösegeld.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Wo immer über die europäische Außenpolitik gesprochen werden mag, die deutsch-französischen Beziehungen werden stets im Mittelpunkt solcher Erörterungen stehen. Das war schon vor dem großen Weltkrieg so und gilt für heute erst recht. Denn die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, diesen beiden großen Nachbarstaaten im Herzen Europas, sind maßgebend für die politische Situation des ganzen Kontinents — ja, man kann sagen, daß die gesamte weltpolitische Lage unmittelbar von ihnen beeinflusst wird. Wenn von den deutsch-französischen Beziehungen die Rede war, war man bisher gewohnt, sofort an die Namen Stresemann und Briand zu denken. Nun weist Stresemann nicht mehr unter den Lebenden. Und Briand sitzt in einer Regierung, die seinem Verständigungswillen gegenüber Deutschland immer wieder Zugel anlegt. Mit um so größerer Spannung sah man den Ausführungen Briands in der französischen Kammer über seine Außenpolitik entgegen. Die Erwartung, daß auch im Mittelpunkt dieser Rede das Verhältnis zu Deutschland stehen werde, hat nicht getäuscht.

Briand stellte fest, daß die französische Außenpolitik dieselbe bleibe wie bisher. Er meinte, diese Politik sei nicht sein Eigenwerk, sondern sei von allen Regierungen, denen er angehört habe, gebilligt worden. Insbesondere bestanden zwischen ihm und dem neuen Ministerpräsidenten Tardieu keine Meinungsverschiedenheiten. Das letztere scheint uns eine etwas fähige Behauptung, die Herr Briand wohl nur aufstellte, um bei den Rechtsparteien einen guten Eindruck zu machen. Dann ging der französische Außenminister auf die konkreten Fragen im Verhältnis zu Deutschland ein. Er sprach über den Kellogg'schen Sicherheitspakt, sprach über den Locarno-Vertrag, den er für eine schöne Sache hält, weil Deutschland darin freiwillig auf Elsass-Lothringen verzichtet, sprach von den Gesprächen und von den Pariser und Haager Verhandlungen und fand Worte der Anerkennung und des Gedenkens für Herrn Dr. Stresemann. Das alles war nichts Neues. Interessant wurde Herr Briand erst, als er, veranlaßt durch Reden der national-französischen Abgeordneten, über die Räumungsfrage und die Saarfrage sprach.

Herr Briand stellte fest, daß die Räumung der dritten Zone des besetzten Gebietes noch nicht begonnen worden sei und daß man sie daher auch nicht einstellen könne. Der Verlauf von deutscher Reparationsanleihe liege nicht im Machtbereich Deutschlands und könne infolgedessen auch nicht als Vorbedingung für die Räumung aufgesetzt werden. Nur die internationale Reparationsbank könne die Reparationsanleihen zu barem Gelde machen. Wenn also der Reichstag den Young-Plan ratifiziert, wenn auch das französische Parlament einen dahingehenden Beschluß gefaßt habe, und wenn der Reichstag weiter auch alle anderen zum Young-Plan gehörigen Gesetze verabschiedet habe, dann seien die Vorbedingungen zur endgültigen Räumung des besetzten Gebietes erfüllt. Herr Briand erwähnte in diesem Zusammenhang allerdings den im Young-Plan als äußersten Termin zur Räumung erwähnten 30. Juni nicht. Man kann nicht annehmen, daß das nur aus Versehen geschehen ist. Offenbar ist die Unterlassung auch wieder mit Rücksicht auf die Stimmung der räumungsgegenwärtigen französischen Rechtsparteien erfolgt. Was der deutschen Regierung die Pflicht auferlegt, ihrerseits auf der Einhaltung dieses Termins zu bestehen.

Briand berührte auch die Saarfrage. Er will auch hier seine Politik fortsetzen, d. h. mit den Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes jetzt schon beginnen. Er sieht die Situation durchaus richtig: in fünf Jahren wird die Volksabstimmung ungünstig für Frankreich ausfallen, sagt er, dann ist Frankreich verpflichtet, die Kohlengruben im Saargebiet zu Bedingungen zu verkaufen, die durch ein Schiedsgericht fest-

gesetzt werden und die es daher nicht allein festsetzen kann. Deshalb will er im französischen Interesse schon jetzt verhandeln. Wir haben nicht das Recht, über die Saarbevölkerung zu verfügen,“ führte Herr Briand wörtlich aus. Man wird sich das merken müssen.

Der Schluß der Briand'schen Rede brachte eine geradezu dramatische Steigerung, die die ganze Kammer zu stürmischen Beifallstuschelungen hinriß. Briand meinte, es heiße jetzt klar zu sagen, was man will. Wenn man Deutschland gegenüber andere Wege betreten wolle, müsse man den Young-Plan zerreißen, ebenso den Haager Vertragsentwurf, die Schaffung der Internationalen Bank aufgeben, die Botschafterkonferenz auflösen lassen und alles durch ein Regime ersetzen. Wörtlich sagte Briand dann: „Diese Politik werde ich, das schwöre ich, niemals leiten. Ich werde die Ratifizierung der Vertragsentwürfe verlangen. Wenn man glaubt, daß das alles schlecht ist, so verwerfe man es, verwerfe aber auch mich!“

So weit Briand. Seine glänzende Verebamkeit — er ist einer der besten und wirkungsvollsten französischen Redner — sicherte ihm auch dieses Mal wieder einen lauten, ja begeisterten Beifall. Freilich darf man sich nicht darüber täuschen, daß dieser Beifall keineswegs mehr dem Redner und der Person gilt, als der Politik, die er vertritt. Erfreulich für Deutschland bleibt aber, daß sich Briand mit Offenheit und Energie für seine Politik der Verständigung eingesetzt hat, und zwar auch als Mitglied eines im wesentlichen aus Rechtsparteien bestehenden Kabinetts. Wie diese Rechtsparteien denken, hat die Aussprache gezeigt, in der ein rechtsstehender Abgeordneter — er heißt Delsol — es fertig brachte, elf Jahre nach Schluß des Krieges von den Deutschen als von den „Boches“ zu sprechen — ein Schimpfwort, das vom Präsidenten nicht genügt worden ist.

Die französische Kammer hat der Regierung mit knapper Mehrheit ein Vertrauensvotum ausgesetzt. Viel kann sie damit nicht anfangen. Denn aus dieser knappen Mehrheit kann sehr leicht eine Minderheit werden. Für die deutsch-französischen Beziehungen wäre es freilich kein Schaden, wenn die jetzige französische Regierung bald wieder abtreten müßte. Man möchte wünschen, daß Herr Briand willigere Mitarbeiter fände!

Frankreich verzögert die Räumung.

Tardieu über die Räumung.

Wie aus Paris gemeldet wird, ergriß im Verlauf der Kammerdebatte über die Politik der Regierung auch Ministerpräsident Tardieu das Wort, um vor allem die Außenpolitik des Kabinetts zu verteidigen und die Behauptungen, daß seine Politik im Gegensatz zu der Briand'schen, zu widerlegen. Die Räumung der 3. Rhein-Landzone behandelte er besonders ausführlich und erklärte nochmals, daß mit ihr noch nicht begonnen worden sei.

Die Räumung werde beginnen, sobald der Young-Plan in Kraft getreten sei. Zuerst müsse die internationale Bank gegründet sein, die die Möglichkeit biete, die deutsche Schuld zu kommerzialisieren, außerdem müsse Frankreich der erste Abschnitt der deutschen Schuldscheine ausgeliefert werden. Dann erst beginne die Frist von acht Monaten zu laufen, innerhalb der nach den Haager Abmachungen die Räumung durchgeführt sein müsse. (In diesem Abkommen steht aber auch der 30. Juni 1930 als äußerster Räumungstermin! — Red.)

Tardieu zählt hierauf die einzelnen Abschnitte der weiteren Entwicklung auf. Die Ratifizierung des Young-Planes durch das deutsche Parlament und die hierauf folgende durch das französische Parlament usw. Dann fährt er fort: „Man hat vom 30. Juni gesprochen. Als man die Verträge vom Haag seinerzeit paraphierte, konnte man weder den Tod Stresemanns noch die französische Ministerkrise vorhersehen. Doch ist es klar, daß in der gegenwärtigen Lage, da die Ratifizierung des Young-Planes noch nicht erfolgt ist, die Termine noch nicht zu laufen begonnen haben.“

Mit der Behandlung der Innenpolitik schließt Tardieu seine einstündigen Ausführungen, die außerordentlich starken Beifall finden.

Vertrauensvotum für das Kabinett Tardieu.

Die französische Abgeordnetenkammer führte die Debatte über die Regierungserklärung in einer Nachsitzung zu Ende. Da von den Linksparteien Zusatzanträge zur Tagesordnung eingegangen waren, beantragte der Kammerpräsident Abstimmung darüber, ob diese Zusatzanträge angenommen oder abgelehnt werden sollen. Die Regierung erklärte sich gegen irgendwelche Zusätze und stellte dazu die Vertrauensfrage. Die namentliche Abstimmung ergab ein Verhältnis von 327 zu 256 zugunsten der Regierung.

Die Kammer wandte sich sodann der Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung zu. Die Gesamttagungsordnung, für die Tardieu die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde mit 332 gegen 253 Stimmen zugunsten der Regierung angenommen. Die Regierung erhielt also eine Mehrheit von 79 Stimmen.

Die deutsche Auffassung.

Wie aus Berlin gemeldet wird, haben die Erklärungen

gen Tardieu über die Räumungsfrage in politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ausführungen Tardieu über den Zeitpunkt, an dem die Räumungsfrist zu laufen beginnt, bzw. an welchem Zeitpunkt die Räumung abgeschlossen sein muß, mit den Erklärungen Briands in keiner Weise übereinstimmen.

Hingegen wird von zuständiger Berliner Stelle erklärt, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die in dem Brief Stresemanns an die Besatzungsmächte vom 30. August niedgelegte Vereinbarung, die an sich schon eine deutsche Bestätigung der schriftlich gegebenen Erklärungen der Besatzungsmächte darstelle, richtig sei. Es könne keine Rede davon sein, daß Tardieu diese Vereinbarungen nicht billige. Er habe lediglich Vorbehalte gemacht, die mit den Voraussetzungen übereinstimmen, die für die genannten Vereinbarungen gelten. Gerade die Tatsache, daß Briand seine Mitarbeit in dem neuen französischen Kabinett von der Einhaltung der Haager Vereinbarungen abhängig gemacht habe, leiste Gewähr dafür, daß Frankreich sich auch an die Vereinbarungen halten werde.

Ein deutscher Schritt in Paris wegen der Rede Tardieu zur Räumungsfrage sei aus diesem Grunde nicht geplant. Für die deutsche Regierung bleibe unter allen Umständen der Schriftwechsel vom 30. August maßgebend.

Das Abkommen in der Eisenbahnfrage.

Zu den Mitteilungen französischer Blätter, es sei ein Abkommen mit Deutschland getroffen worden, wonach Deutschland fünf Eisenbahnlinien zerstören müsse, weil diese strategischen Zwecken diene, wird jetzt eine amtliche deutsche Erklärung veröffentlicht. Es heißt darin u. a.: Die in der Botschafterkonferenz vertretenen Regierungen (Entente-Staaten) haben den Widerstand, den sie gegen die Erhaltung einiger bestehender und den Bau einiger zukünftiger Bahnanlagen bisher erhoben hatten, aufgegeben. Deutschland seinerseits hat demgegenüber anerkannt, daß in der Nähe der Grenze Anlagen bestehen, die lediglich aus militärischen Erwägungen gebaut worden und für den öffentlichen Verkehr ohne Bedeutung und zum Teil hinderlich sind. Es handelt sich hierbei um einige der langen Militärarampen, die seinerzeit in verkehrsarmen Gegenden zu militärischen Aufmarschzwecken errichtet wurden, sowie um Unterabschnitte strategischer Bahnen, deren Zweigleisigkeit nur durch militärische Erfordernisse zu rechtfertigen war.

Hier hat sich die deutsche Regierung zu einer gewissen Herabsetzung der militärischen — nicht wirtschaftlichen — Leistungsfähigkeit (Verkürzung von Rampen und Rückbau eines Gleises) bereit erklärt. Außerdem sind deutscherseits über den zukünftigen Ausbau des rheinischen Eisenbahnnetzes erklärende Erklärungen gegeben worden, die die wirtschaftlichen und betrieblichen Notwendigkeiten der Eisenbahn auf weitestgehende berücksichtigen und zugleich der Botschafterkonferenz auf 12 Jahre die Gewissheit geben, daß Deutschland nicht daran denkt, den Ausbau des Netzes über das Maß des wirtschaftlich Begründeten zu forcieren.

Die Weltbank kommt in die Schweiz.

Ein Beschluß des Baden-Badener Ausschusses. — Die Belgier sind nicht zufrieden.

Der Internationale Ausschuss, der seit einigen Wochen in Baden-Baden über die Organisation der im Young-Plan vorgesehenen Reparationsbank berät, ist mit seinen Arbeiten nahezu zu Ende. Besondere Schwierigkeiten machte die Frage, in welche Stadt die Bank gelegt werden solle. Die Belgier setzten sich energisch für Brüssel ein. Der Organisationsausschuss beschloß aber, die Schweiz als Sitz der Bank zu bestimmen.

Der Pariser „Matin“ meldet dazu aus Baden-Baden, die beiden belgischen Abgeordneten hätten mitgeteilt, daß sie nach diesem Beschluß die Konferenz verlassen und nach Brüssel zurückkehren würden.

Die Protesterklärung der Belgier.

In der Protesterklärung der belgischen Abordnung auf der Baden-Badener Konferenz heißt es, daß der angeblich einstimmige Beschluß in Abwesenheit der belgischen Hauptabgeordneten Brand und van Zeelan gefaßt worden sei. Die belgische Abordnung, so heißt es weiter, protestiere dagegen, daß die Argumente gegen Brüssel als Sitz der Bank rein politischer Natur seien. Da gerade solche Argumente während der ganzen Verhandlungen des Kommissariats streng ausgeschaltet gewesen seien, hätte auch diese Frage nur vom rein technischen Standpunkt aus erörtert werden dürfen.

Die belgische Regierung habe der Abordnung ihr Einverständnis zu erkennen gegeben und sie aufgefordert, ihren Standpunkt nachdrücklich zu vertreten und zu fordern, daß die Frage des Sitzes der Bank den Regierungen zur Entscheidung überlassen werde. Nachdem nun einmal die Entscheidung in der Richtung Schweiz gefallen sei, hätten sich die belgischen Abgeordneten zur Abreise entschlossen, da ohnehin die wichtigsten Aufgaben, die dem Komitee gestellt gewesen waren, gelöst seien. Sie werden sich von den rechtlichen Arbeiten des Organisationsausschusses nicht ganz zurückziehen, sondern werden die Verbindung durch die Herren Frere und Marx aufrecht erhalten.

Rückgang im Brief- und Paketverkehr. — Der Bericht des
Rundfunkkommissars.

Die Ausgaben aller Rundfunkgesellschaften, in denen auch die Aufwendungen der Reichsrundfunkgesellschaft enthalten sind, betragen sich zusammen auf 28,8 Millionen Reichsmark. Die laufenden Abschreibungen erforderten 1,7 Millionen Reichsmark, an Dividenden wurden 282 000 RM. (7,5 Prozent des Aktienkapitals) und an Tantiemen insgesamt 114 000 Reichsmark ausgeschüttet. Der verbleibende Rest von etwa 1,1 Millionen Reichsmark wurde für Rückstellungen, gesetzliche Reserve und Vortrag auf neue Rechnung verwendet. Im Privatbesitz befinden sich etwa 25,5 v. H. des Aktienkapitals, während 74,5 v. H. in den Händen der Reichspost, der Länderregierungen, Kommunen und öffentlichen Körperschaften sind.

Zimmer länger.

Man hat schon hier und dort vernommen:
Es trifft ein harter Winter ein,
der kann sogar ganz plötzlich kommen,
man muß dazu gerüstet sein.
Beständig mahnt die Frau den Mann:
Schaff schnell noch dies und jenes an!
Sein Hausherrnpeck schlägt bang und bänger,
die Rechnung wird ja immer länger.

Man sagt ja: Kleider machen Leute,
viel tut ein nobles Exterieur,
mitunter aber täuscht das heute,
das Kleid ist fein, — die Taschen leer,
wenn schließlich selbst ein „nobler“ Mann
die Kleider nicht bezahlen kann,
dann klagt der Gläubiger und Dränger,
und sein Gesicht wird immer länger.

So wurden, wie wir jüngst gelesen, durch Kleider die drei Sklavens reich, sie hatten ein „bestehend“ Wesen und machten ihr Geschäft sogleich; jetzt aber kommen nach und nach die ärgsten Dinge an den Tag, das Konto der „Geheim-Empfänger“ wird immer länger, immer länger.

Nun sitzen sie in tausend Klengiten,
dortel ist's mit der Herrlichkeit,
das Sprichwort „Ehrlich währt am längsten“
besteht für jetzt und alle Zeit!
Zu Grunde geht, was unreell,
denn das Verhängnis schreitet schnell
und ruft: Bis hierher und nicht weiter,
die Stunde schlägt auch ihm. — —

Ernst Heiter.

* Laasphe, 11. Nov. Landtagsabgeordneter Fritz Fries aus Siegen lud durch Anzeige und Brief, der auch in der in letzter Zeit vom Gehässigkeiten strotzenden „Sieg. Volksztg.“ abgedruckt ist, den Berichterstatter unserer Zeitung zum Besuch seiner morgigen Versammlung ein, um ihn über die Verleburger Spartassenafläre „aufzuklären“. Diese Einladung stellt u. E. nach den Erfahrungen seiner Verleburger und Rischsteiner Versammlung eine grobe Zumutung dar und wir werden dem Herrn Fries den Gefallen selbstverständlich nicht tun. Wir müssen vielmehr es ablehnen, uns ausgerechnet von Herrn Fries aus Siegen Aufklärung über Wittgensteiner Angelegenheiten geben zu lassen. Da bereits durch Herrn Landrat Brosst, dessen Mittheilungen durch Herrn Kreistagsabgeordneten Bald gestern noch ergänzt wurden, die Kreiseingeseffenen über die traurigen Verleburger Vorgänge zur Genüge informiert wurden, halten wir den nur dem Stimmenfang dienenden „Aufklärungsgehortag“ des Herrn Fries für vollkommen überflüssig und raten allen Einwohnern, ihm fernzubleiben. Möge also Herr Fries morgen mit seinem Kreis Parteianhänger, dem vielleicht noch einige sensationslüsternre Elemente sich zugesellen werden, „ganz unter sich“ sein. Uns kümmerts wenig.

11. November 1929. Herrn Fritz Fries, S.-P.-D.-Geschäftsstelle, Siegen i. W., Obere Häuslingstraße 10/1. Sehr geehrter Herr Fries! Gestern fand ich von einer Reise zurückkehrend Ihren Brief vom 8. November d. Js. hier vor, aus dem ich entnehme, daß Sie nicht die Absicht hatten, mich zu beleidigen. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß Sie mich in den Spartakus-Standal in Verleumdung zu Unrecht hineingezoogen haben, und damit der Deffentlichkeit gegenüber mich in die Bezeichnung der „deutschnationalen Sklarets“ einbezogen wissen wollten. — Nachdem nun gestern in der demotraitischen Versammlung in Verleumdung und Laasphe die Spartakus-Angelegenheit in maßvoller und sachlicher Weise erörtert worden ist, auch, wie ich höre, von amtlicher Seite noch eine Klarstellung hinsichtlich meiner Kreditverhältnisse bei der Spartakus Laasphe erfolgen wird, besteht für mich keine Veranlassung zu weiterer Erörterung in Ihrer morgigen Versammlung, jedoch Sie meinethwegen nicht nochmals nach Laasphe zu kommen brauchen. Die Veröffentlichungen der letzten Woche in der Siegener Volkszeitung lassen auch zu deutlich erkennen, daß eine „sachliche Aufklärung“ nicht der Hauptzweck der Versammlung ist. Ich werde in einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei am Freitag noch Gelegenheit nehmen, meine Stellung zur Sache der Deffentlichkeit bekannt zu geben. Ebenso werde ich der Belegschaft meines Betriebes in einer besonderen Betriebsversammlung diejenigen Aufklärungen geben, die ich zum Schutze meines Werkes für erforderlich halte.

* Laasphe, 11. Nov. Die öffentliche Versammlung, die die Deutsche Volkspartei am Sonnabend im Kurhaus abhielt, war leider nur schwach besucht. Der Redner des Abends, Landwirt Loag aus Allagen, wollte über das Thema „Landwirte und Deutsche Volkspartei“ sprechen. Da aber so gut wie keine Landwirte anwesend waren, ging er nur kurz auf das Thema ein. Notwendig sei es, daß in allen bürgerlichen Parteien Landwirte vertreten wären, deren Interessen wahrzunehmen, da andernfalls bei einer reinen Bauernpartei, die wirklich alle umfasse, die Landwirtschaft in hoffnungsloser Minderheit im Parlament bestände. Es sei ja zwar so, daß heute alle Wirtschaftskreise, nicht nur die Landwirtschaft, leiden, aber diese doch am offenkündigsten. Nachdem sie scheinbar die Inflation gut überstanden habe, trage sie jedoch heute dieselbe Schuldenlast wie vor dem Kriege, nämlich 12—13 Milliarden, was über 1 Milliarden jährlich an Zinsen ausmacht. Daß das auf die Dauer nicht tragbar sei, müsse wohl jeder einsehen. — Redner gedachte dann auch des allzufrüh verstorbenen großen Staatsmannes Dr. Stresemann, der, viel bekannt, das Beste für sein Vaterland erstrebt habe. — Zur Entschädigung für den vorhergehenden Vortrag berichtete Herr Loag, der 25 Jahre im Ausland lebte, davon 12 Jahre in Neuguinea tätig war, über die Verhältnisse in dieser ehemals deutschen Kolonie. Seine hochinteressanten Ausführungen hätte man gern einem größeren Kreis Zuhörer anzuhören gegönnt. — Zum Schluß auf die bevorstehenden Wahlen und ihre Bedeutung kurz umtreifend, eingehend, betonte er, daß es notwendig sei, alle Launen aufzurütteln, daß diese an die Wahrheit gehen. In seinem Bekanntheitskreis müsse ein jeder werden. Nur dann könnten die unbedingt notwendigen Sparmaßnahmen durchgeführt und es wieder besser werden. — Nach Herrn Loag sprach noch ein Herr Gerhard als Arbeitnehmervertreter. Dem Ruf der Sozialdemokratie zum Sturm auf die Rathhäuser stände das Bürgertum ziemlich hilflos gegenüber. Im Hand eines reichen Zahlenmaterials beleuchtete er die unerlöste Absatzwirtschaft der letzten Jahre, die ein Krebsgeschaden für unser Land und Volk ist. Der Ruf zur Sparmaßnahme im öffentlichen Leben sei jetzt auch von einer Reihe Oberbürgermeister und von Ministerseite ergangen. Mit dem Unfug der gemeinwirtschaftlichen Betriebe müsse aufgeräumt werden und anstelle der These vom Klassenkampfperipheren Marxismus die Idee der Volksgemeinschaft, die alle Glieder umfasse, treten, zum Heil und Segen von Volk und Vaterland. Auch dieser Redner erntete ebenso wie Herr Loag für seine treffenden Ausführungen warmen Dank.

* **Naasphe**, 11. November. Die von der Deutsch-Demokratischen Partei gestern nachmittag im Weff. Hofe abgehaltene Versammlung war recht gut besucht. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Mschoff referierte in glänzender Weise über das Thema: „Staatsautorität, Sparsamkeit, Sauberkeit“ und erntete nicht nur bei seinen Parteianhängern, sondern fast allgemein lebhafteste Zustimmung. Nach ihm sprach Kreisstagsabgeordneter Bald über die Vorgänge bei der Verleugung Sparlaife. Da wir bereits einen Bericht aus Grubebüch erhalten haben, wo gestern dieselbe Versammlung stattfand, erübrigt es sich wohl, nochmals auf die Ausführungen der Redner einzugehen.

* **Laasphe**, 11. Nov. Kreisabgeordneter **Bald** machte gestern in der Versammlung der Demokratischen Partei den Zeitungen des Kreises den Vorwurf, daß sie über die Berleburger Vorgänge nicht genügend unterrichtet seien. Wir möchten Herrn **Bald** an die Ausführungen des Herrn **Landrats** **Trosch** in der letzten Amtsversammlung in Banse erinnern, in der Herr **Landrat** erklärte, daß er zurzeit noch keine weiteren Aufklärungen geben könne, vielmehr erst dem Sparfassenvorstand, Kreisaußschuß und Kreistag Bericht über den Stand der Untersuchung erstatten müsse. Das Wort „Blamag“, das Herr **Bald** im Zusammenhang hiermit gebrauchte, ist also nicht angebracht.

* **Laasphje**, 11. Novbr. Unaufhörlich rieselte gestern morgen nach der empfindlich kalten Nacht das Laub, das sich in diesem Jahre länger denn je gehalten hatte, zur Erde nieder und überzog bald die Straßen mit einer bunten Decke. Ein schöner, wenn auch wehmüthig stimmender Anblick. Am feinsten nahm sich das Laub des Ahorns aus, das golden leuchtete. Heute wird das Laub gesammelt, um dem Vieh im Stall als weiche Laegerstatt zu dienen.

Erntebriid. 11. Nov. Finanzminister Höpfer-
Uchhoff fand zu seinem gestrigen Vortrag einen bis auf
den letzten Platz gefüllten Saal vor, ein Beweis dafür, daß
man den Ausführungen aus so berufenem Munde in allen
Kreisen lebhaftes Interesse entgegenbrachte. Lehrer Eudelwig-
Erntebriid, der die Versammlung leitete, wies in seiner
Begrüßungsansprache darauf hin, daß Minister Höpfer-
Uchhoff einer der wenigen Minister sei, denen es möglich
war, sich so lange auf verantwortungsvollem Posten zu
halten. Die Anerkennung, die seiner Tätigkeit weit über die

Dem Vortrag des Herrn Ministers entnehmen wir folgendes: Wir befinden uns wieder einmal in einer Zeit erregter politischer Kämpfe, wie wir sie leidenschaftlicher selbst bei Reichstagswahlen nicht kennen. Nicht nur die bevorstehenden Kommunalwahlen geben die Veranlassung hierzu, sondern in weit größerem Maße das Volksbegehren, das nun jetzt hinter uns liegt. Trotz der starken Parteien und Blinde, trotz des großen Einflusses, den die Hugenbergpresse auf das Volk auszuüben vermochte, ist die Mindeststimmzahl für das Volksbegehren knapp erreicht worden. Es ist dies ein Beweis für den gesunden Sinn des deutschen Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit Maßnahmen ablehnt, wie sie Hugenberg propagiert. Denn was ist der Zweck des Volksbegehrens? Gegen die Kriegsschuldlüge, die anzuerkennen uns im Vertrage von Versailles aufgesungen worden ist, hat seit 1919 jede Regierung feierlich protestiert. Wenn sie im Volksbegehren daher erneut bekämpft wird, so rennt man damit lediglich offene Türen ein. Weiter verlangt das Volksbegehren die Verwerfung des Youngplanes. Wir alle wissen, daß der Youngplan dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferbürdet, trotzdem dürfen die Vorteile, die er gegenüber dem Dawesplan aufweist, nicht bekannt werden. Der Dawesplan sah deutsche Leistungen in fester Höhe von 2 Milliarden *R.M.* vor, zu denen in absehbarer Zeit noch ein Zuschlag von 300 bis 500 Millionen auf Grund des sogenannten Wohlstandsindezes getreten wäre. Vor allem aber waren diese Leistungen zeitlich unbegrenzt. Demgegenüber bringt der Youngplan eine Beschränkung der deutschen Leistungen auf einen bestimmten Zeitraum und läßt weitere Revisionsmöglichkeiten offen. Diesen unverkennbaren Fortschritt auf dem Wege zur Freiheit soll das deutsche Volk nach dem Volksbegehren verwerfen und den im Haag beratenen Vertrag den Vertragsschließenden von der Gegenseite vor die Füße werfen. Die Folge würde sein, daß Hugenberg als Reichsfinanzminister seinen Freunden als Minister die von ihm verlangte Politik des Widerstandes zu vertreten haben würde. Schon einmal hat Deutschland diese Politik zu treiben versucht und zwar in der Zeit des Aufstieges, dessen traurige Folgen noch heute in unserer aller Erinnerung sind. Nicht durch Verhandlungen, sondern durch bedingungslose Kapitulation Deutschlands konnte dieser Kampf beendet werden. Wenn nach dem heutigen Stande unserer Außenpolitik mit der Räumung des Rheinlandes bis 30. Juni nächsten Jahres zu rechnen sei und wenn der französische Außenminister sich noch in seiner Rede vom Samstag bereit erklärt habe, wegen Übergabe des Saargebietes in Verhandlungen zu treten, so seien dies Vorteile, die nur in jahrelangen, mühsollen Verhandlungen zu erzielen waren. Würde dagegen das Gesetz, welches mit dem Youngplan verbunden ist, vom Reichstag abgelehnt, was mit Sicherheit anzunehmen sei, und würden wir dann folgenden Volkseinsatz annehmen, so würde Deutschland mit einem Schläge aller bisher errungenen Vorteile verlustig gehen. Die Folge der Hugenbergschen Politik würde sein, daß das Rheinland nicht geräumt würde und daß Deutschland nach dem Dawesplan weiterzahlen müßte. Eine weitere unaussprechliche Folge würde der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sein. Aber wir können unbeforgt sein, denn die zum Sieg des Volkseinsatzes notwendigen 20 Millionen Stimmen werden bestimmt nicht aufgebracht werden. Bis dahin aber wird die struppellose Verheerung des deutschen Volkes durch die Hugenbergpresse ihren Fortgang nehmen, die leider schon heute Formen angenommen hat, die manchmal an der Gemeinschaft innerhalb des deutschen Volkes zweifeln lassen. Mit Unrecht ist der Regierung der Vorwurf gemacht worden, in die politische Unabhängigkeit der Beamten eingegriffen zu haben, dadurch, daß sie den Beamten in Bezug auf das Volksbegehren gewisse Richtlinien gegeben hat. Eine Beeinträchtigung der politischen Rechte der Beamten bedeutet dies nicht, dagegen ist das Eintreten der Beamten für das Volksbegehren mit dem dem Staat und der Regierung gegenüber übernommenen Verpflichtungen unvereinbar. Der einmütige Standpunkt der Regierung ist daher durchaus begründet.

Wird nun aber der Youngplan angenommen, so gilt es, finanz- und wirtschaftspolitisch hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Die Lasten, die der Youngplan unserer Wirtschaft auferlegt, sind von dieser nur zu tragen, wenn sie mit Erfolg, d. h. kapitalbildend arbeiten kann. Durch die bisherige Kapitalknappheit ist die Wirtschaft gezwungen, Zinsen in einer Höhe zu zahlen, die eine Kapitalbildung in ausreichendem Maße unmöglich macht. Die hohen Zinsen werden der produktiven Arbeit entzogen und durch unzureichende Ueberschüsse werden die Löhne ungünstig beeinflusst. An einer ausreichenden Kapitalbildung sind daher nicht zuletzt auch die Arbeiter interessiert. Zur Förderung der Kapitalbildung ist daher eine starke Senkung der Realsteuer, sowie Erleichterungen bei der Einkommensteuer zu fordern, sowie ferner Abbau der Industrie- und Rentenbeitragsbelastung. Während der Abbau der Industriebeitragsbelastung in etwa drei Jahren vorzunehmen sein dürfte, müßten die Rentenbeitragslasten im Interesse unserer schwer ringenden Landwirtschaft auf einmal aufgehoben werden. Zwar sind im Laufe des Jahres unter Führung des Ernährungsministers Dietrich schon Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft beschlossene worden, wie z. B. Zollerhöhung und Verzehrszwang, die aber allein nicht ausreichen, unsere Landwirtschaft aus der jetzigen Krise herauszuführen. Not tut vor allem eine sorgfältige Förderung der Produktionszweige, da Deutschland leider immer noch gezwungen ist, für über 1 Milliarde Reichsmark jährlich an Eier, Milch, Butter, Obst und Getreide vom Ausland einzuführen.

Weiter beschäftigte sich der Redner mit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, als der sogen. öffentlichen Hand. Mit Rücksicht auf den Berliner Streikesskandal sei eine scharfe Trennung von Verwaltung und Geschäft notwendig, ferner die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden auf die sogen. Versorgungsbetriebe, wie Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr. Größte Sparbarkeit nicht nur im Reich und den Ländern, sondern vor allem auch in den Gemeinden sei unerlässlich, da hohe Gemeindefinanzlasten wiederum die Wirtschaft belasten und nicht wie in früheren Jahren auch die Einkommensteuer. Notwendig sei vor allem aber auch eine starke verantwortungsbewußte Regierung, sowie Staatspolitik an Stelle der heutigen Interessenpolitik der Parteien. Dasselbe müßte aber auch für die Gemeinden gefordert werden, damit Sparbarkeit und Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung wieder überall heimisch würden. — Die Versammlung sollte den Ausführungen des Ministers lebhaften Beifall.

Der Versammlungsleiter dankte dem Herrn Minister

seine Ausft
 neten Abg
 Referat üb
 führte etwa
 Verfammlu
 lung in B
 worden ift,
 heit wahrne
 Angaben me
 bis Jeht zu
 Jeht auf 120
 Betrag noch
 fuchung noch
 fallen 44 000
 76 000 Mar
 diefer bei fe
 Verbleib de
 Weiter führ
 der verstorbe
 Mart in Zin
 gezahlt habe
 der Zinsfaz
 Sparfaffe M
 von 4509 M
 in Anspruch
 in Martin eine
 würde das
 verfehung in
 Baron von
 fprechende C
 der halben S
 nommen. In
 privaten Unt
 rat Krefthim
 der Zinsenf
 diefen Betr
 papieren Sie
 der Inhaber
 Sicherheit n
 Autos und i
 sei das Kom
 von Wittgen
 um die Krei
 Verleburg L
 ftanden. Ref
 ftandsberich
 Perfonen er

Nun sind
glauben wag
Wenn uns a
der Angeleg
nicht wegen
sondern nur
kommen wir
tat Kretschm
und einem
waltungsrats
daß manche
schränkung e
lebte. Die t

Wette
Neu
ber verlieren
miniumbron
ab nur meh
275 Million
bracht, mit
zurzeit besch
stehen aus v
Münzen im
275 Million
Millionen S
Eingesogen s
1924 werden
Die eingezog
neue, erhalt
Künigsgrün
noch zwei Z
Zahlung gen

Wallau
Laasphe
N.-Elser
Raumla
Wallau
Wallau
Laasphe

Außerhalb d
 Reute in ei
 war, von ein
 Jagdfalle ein
 Jagd- und M
 Eltern ein ge
 Zeit schon ein
 berufenen ge
 anderen Fal
 nur mit Insa
 sei auf das A
 gezeichnet ist
 an beiden F
Δ Tra
 spfalt
 Straßenbahn
 regelung Str
 vernehmen.
 berichtigt we
 gebnis des B
 weißer Alph
 nung auf der
 wird sehr di
 gemacht. Die
 Farbe oder d
 auch dort int
 angewandte

seine Ausführungen und erteilte dann dem Kreisabgeordneten Aug. Balb-Verleburg das Wort zu einem kurzen Referat über die Kreisparteien-Lage. Herr Balb führte etwa aus: Nachdem bereits in einer öffentlichen Versammlung in Verleburg und auch in der Amtsversammlung in Banse zu den Vorgängen Stellung genommen worden ist, glaube ich im öffentlichen Interesse die Gelegenheit wahrnehmen und seitens der demokratischen Partei einige Angaben machen zu müssen, soweit der Revisionsbericht dies bis jetzt zulässt. Die verurteilte Summe beläuft sich bis jetzt auf 120 000 Mark. Mit der Möglichkeit, daß sich dieser Betrag noch erhöht, kann gerechnet werden, da die Unternehmung noch nicht abgeschlossen ist. Von diesem Betrage fallen 44 000 Mark den Angehörigen zur Last, während 76 000 Mark auf das Konto des Rentanten entfallen, falls dieser bei seiner bisherigen Weigerung verharrt, über den Verbleib des Geldes entsprechende Angaben zu machen. Weiter führte Herr Balb aus, daß es leider wahr sei, daß der verstorbene Landrat Kreisfarn einen Kredit von 15 000 Mark in Anspruch genommen und dafür 3, 5 und 7 % Zinsen gezahlt habe. 7 % seien gezahlt worden zu einer Zeit, als der Zinssatz allgemein ca. 20 % betragen habe. Für den Sparfasse dadurch entstandenen Zinsausfall im Betrage von 4500 Mark würde das Sparkonto der Witwe Kreisfarn in Anspruch genommen. Ferner habe der Kreisoberinspektor Martin einen Kredit von 30 000 Mark gehabt. Gegen ihn würde das Disziplinarverfahren eröffnet, auch seine Strafverurteilung in Aussicht genommen. Der Kredit, der dem Baron von Wittgenstein eingeräumt und für den auch entsprechende Sicherheit gegeben worden sei, sei noch nicht in der halben Höhe des bewilligten Betrages in Anspruch genommen. Im Anschluß hieran erklärte Herr Balb in einer privaten Unterredung, daß der Verwaltungsrat Herrn Landrat Kreisfarn einen Kredit von 5000 Mark bewilligt, zu der Zinsenfrage aber nicht Stellung genommen habe. Für diesen Betrag sei zeitweise durch Hinterlegung von Wertpapieren Sicherheit geleistet worden. Diese Wertpapiere habe der Inhaber aber bald veräußert, sodaß von da ab keinerlei Sicherheit mehr bestanden habe. Durch den Verkauf des Autos und die Bewilligung von 10 000 Mark an die Witwe sei das Konto beglichen. Hinsichtlich des Kredits an Baron von Wittgenstein erklärte Herr Balb, daß es sich hierbei um die Kreispartei in Laasphe handelte; mit der Kasse in Verleburg hätten keinerlei geschäftliche Beziehungen bestanden. Restlose Klarheit würde erst der abschließende Revisionsbericht sowie die eideschwurliche Vernehmung der beteiligten Personen ergeben.

Man findet die Würfel gefallen und woran viele nicht zu glauben wagten, ist zur beständigen Tatsache geworden. Wenn uns auch die Majestät des Todes in der Beurteilung der Angelegenheit eine gewisse Reserve auferlegt und zwar nicht wegen des Namens und der Stellung der Person, sondern nur, weil der Fatale sich nicht verteidigen kann, so kommen wir doch an der Feststellung nicht vorbei, daß Landrat Kreisfarn mit der Kontrollüberziehung von 10 000 Mark und einem Ausnahmestills ohne Genehmigung des Verwaltungsrats einen großen Fehler begangen hat. Möglich, daß manche Äußerung von Beteiligten eine gewisse Einschränkung erfahren würde, wenn Landrat Kreisfarn noch lebte. Die vorerwähnte Tatsache aber bleibt bestehen.

Wettervorhersage für den 12. November: Veränderlich.
Neue Fünfzigpfennig- und Markstücke. Am 1. Dezember verlieren bekanntlich die Fünfzigpfennigstücke aus Aluminiumbronze ihre Gültigkeit; ihre Einführung erfolgt von da ab nur mehr an den öffentlichen Kassen. Als Ersatz werden 275 Millionen neue Fünfzigpfennigstücke in den Verkehr gebracht, mit deren Ausprägung die deutschen Münzanstalten zurzeit beschäftigt sind. Die neuen Fünfzigpfennigstücke bestehen aus reinem Nickel. Zurzeit befinden sich 126 Millionen Münzen im Umlauf, so daß also nach Inverkehrsetzung der 275 Millionen neuen Fünfzigpfennigstücke im ganzen 400 Millionen Stück Fünfzigpfennigstücke im Verkehr sein werden. Eingezogen sollen auch die Ein- und Dreimarstücke des Jahres 1924 werden, deren Prägung teilweise nicht einwandfrei ist. Die eingezogenen Stücke zu ein und drei Mark werden durch neue, erstklassig ausgeführte Stücke ersetzt werden. Die alten Fünfzigpfennigstücke aus Aluminiumbronze werden im übrigen noch zwei Jahre lang von den Reichs- und Landesbanken in Zahlung genommen und von dort endgültig eingezogen.

Turnen * Spiel * Sport.
Rufball.
Wallau — Dornborn 4:2.
Laasphe — Feudingen 2:0.
N.-Eisenhausen — Hesselbach 1:4.
Raumland 1. — Banse 1:4.
Wallau 3. — Hesselbach 2:0.
Wallau 1. Sgd. — Laasphe 1. Sgd. 1:2.
Laasphe 2. Sgd. — Feudingen 2. Sgd. 1:4.

Aus Nah und Fern.
Δ Hör, Westerwald. (Schuß der Jagdfalken.) Außerhalb des Dries wurde ein Jagdfalke, der mit seiner Beute in einiger Entfernung vom Fokner niedergegangen war, von einem Jungen mit einem Stein erschlagen. Da der Jagdfalke einen sehr großen Wert darstellt und zudem durch Jagd- und Naturschutzgesetz geschützt ist, wird die Tat für die Eltern ein gerichtliches Nachspiel haben. Da vor längerer Zeit schon einmal in hiesiger Gegend ein Jagdfalke von Unvorsichtigen gefangen und eingekerkert wurde und in einem anderen Falle ein mit einer Ente niedergegangener Falke nur mit knapper Not dem Tode durch den Knüttel entging, sei auf das Verbot der Tötung hingewiesen. Für den Uneinsichtigen ist der zahme Falke an den Ledersejeln und Schellen an beiden Füßen kenntlich.
Δ Frankfurt a. M. (Striche von weißem Asphalt regeln den Verkehr.) Die Frankfurter Straßenbahn hat einen Versuch gemacht, zur besseren Verkehrsregelung Striche von weißem Asphalt zwischen den Gleisen zu verlegen. Derartige Striche haben den Vorteil, daß sie nicht geräumt werden können. Man darf mit Interesse dem Ergebnis des Versuches entgegensehen, da bei günstigen Ergebnissen weißer Asphalt auch allgemein für eine gute Verkehrsbeziehung auf den Straßen sehr geeignet erscheint. — In Amerika wird sehr viel von Strichen zur Straßenbezeichnung Gebrauch gemacht. Die Amerikaner bezeichnen die Striche entweder mit Farbe oder durch eingelassene Stahlplatten oder Bronzenägel. Auch dort interessiert man sich für das erstmals in Deutschland angewandte Verfahren mit Strichen von weißem Asphalt.

Detmold, 10. November. Als Landtagspräsident Mellies erneut die Aussprache über den Aktienwerb der Drentuper Ton- und Sandwerke zur Aussprache stellte, erhob sich der Abgeordnete Köster (D. Vp.), um im Namen der bürgerlichen Fraktionen wie in der vorangegangenen Sitzung erneut die Erklärung abzugeben, daß der Aktienwerb und die damit verbundene Vergrößerung des Werkes, wozu ein Betrag von 1 1/2 Millionen nötig ist, von den bürgerlichen Fraktionen auch jetzt wieder abgelehnt werden würde. Als er die ersten Worte gesprochen hatte, stockte er mehrere Male und erlitt darauf einen Schlaganfall, der rechtsseitige Lähmung zur Folge hatte. Unter dem Eindruck dieses traurigen Voralles wurde die Sitzung sofort unterbrochen.

Δ Kassel. (Das verschluckte Zweimarkstück.) In der Wimmelstraße hatte ein achtjähriger Junge ein Zweimarkstück zum Einlaufen erhalten. Der Junge nahm das Geldstück in den Mund und machte Pfeiferische; dabei rutschte ihm das Geld in den Hals. Ein zugezogener Arzt stieß das Zweimarkstück mit einem Instrument hinunter, später ging es auf natürlichem Wege wieder ab.

Δ Friedberg. (Eine eigenartige Unglücksfall.) In Weesheim war ein junger Bergmann damit beschäftigt, seine Karbidlampe mit Karbid neu aufzufüllen. Dabei glitt ihm die Karbidbüchse aus den Händen und fiel in einen mit Wasser gefüllten Behälter. Die sich hierdurch entwickelnden Gase kamen mit dem Herdfeuer der Küche in Berührung und explodierten. Die Küche und das darin befindliche Mobiliar wurden zum größten Teil demoliert. Durch die Stichflamme wurde der junge Bergmann nicht unerheblich verletzt. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

**** Koblenz. (Schwerer Unfall beim Geschloßgraben.)** Auf der Karthause ereignete sich Freitag ein schreckliches Unglück. Seitdem die Franzosen die Schloßgräben verlassen haben, wird dort täglich nach Weigehöfen gegraben, trotz strengsten Verbotes. Vier junge Leute aus dem Vorort Moselweiß wurden plötzlich von nachdrückenden Erdbänken verschüttet. Trostlos sofort von einigen in der Nähe befindlichen Geschloßgräbern Hilfe kam, gelang es nur noch, drei der Verschütteten zu bergen. Der vierte hatte den Tod durch Erstickung erlitten.

**** Düsseldorf. (Lebendig im Schlackenberg begraben.)** An dem Schlackenberg, der sich hinter Rheintal an der Linie 12 befindet, ereignete sich ein schwerer Unfall. Es löste sich ein großer Block Asche los und begrub einen Arbeiter unter sich. Ein zweiter Arbeiter konnte, im letzten Moment gewarnt, sich aus dem gefährlichen Bereich entfernen, erlitt aber doch noch Verletzungen im Rücken und an einem Bein. Die alarmierte Feuerwehr konnte erst nach einstündigen Bemühungen den Verschütteten bergen. Der Verunglückte hat eine Zerrinnernung des Schädels erlitten und muß wohl sofort tot gewesen sein. Der Verunglückte heißt Wiedmann, wohnt Nasenstraße 35, und hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

**** Oberhausen. (Schlechter Geschäftsgang.)** Die Bergbaubehörde der Gutschloßhütte hat infolge der schwierigen Absatzlage eine Anzahl Bergleute zur Kündigung bringen müssen. Insgesamt werden zum 15. November 283 Bergleute zur Entlassung kommen, die sich auf sechs Zechen verteilen. Wie wir weiter hören, stehen zum 1. Dezember d. J. noch weitere Kündigungen in Aussicht.

**** Wesel. (Affinierter Hypothekenschwindler.)** Eine Witwe im benachbarten Friedrichsfeld suchte eine Hypothek für ihr Anwesen. Sie wandte sich an einen Mann, der ihr gegen Ausstellung eines Hypothekenbriefes auf seinen Namen eine Summe von 2500 Mark versprach. Den ausgestellten Hypothekenbrief verkaufte der Mann für einen bedeutend niedrigeren Preis zunächst einem Landwirt und zahlte dann der Frau einen Betrag von 500 Mark. Auf wiederholte Vorstellungen der Frau wurde sie immer wieder vertröstet. Der Landwirt, der den Hypothekenbrief gekauft hatte, brachte das Anwesen, da er keine Zinsen erhielt, zur Versteigerung. Jetzt kamen die Wächterschaften des Gemarkers heraus. Es gelang, den Versteigerungstermin aufzuheben und den unehrlichen Vermittler hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Δ Die Beisetzung des Prinzen Max von Baden. In Saale in Baden ist die Leiche des Prinzen Max von Baden beigesetzt worden. Prälat D. Schmittthinner aus Karlsruhe hielt die Trauerrede und erwähnte u. a. die große Liebe des Verstorbenen zum Volk. Er hob hervor, daß Prinz Max in jenem kritischen Augenblick des Weltkrieges in opferfreudiger Bereitwilligkeit das Amt des Reichskanzlers übernommen habe. Nach einem kurzen Gebete wurde der Sarg, der mit der bairischen Fahne bedeckt war, auf den sechs Pferden bespannten Leichenwagen getragen. Den Zug eröffneten Schüler und Schülerinnen der Schloßschule, die die Kränze trugen. Danach folgte die katholische Geistlichkeit aus der Umgebung sowie Prälat Schmittthinner in Begleitung des gesamten evangelischen Oberkirchenrats. Nun kam der Sarg, hinter diesem Prinzessin Max von Baden mit ihrem Sohne Verthold und den übrigen Verwandten, schließlich andere Leidtragende, darunter Ernährungsminister Dietrich, Reichspräsident Brüning, Staatspräsident Dr. Schmitt, Innenminister Klemme, Kultusminister Dr. Veers sowie Vertreter der Universität Heidelberg, der Universität Freiburg und der Technischen Hochschule Karlsruhe. Aus der Umgebung waren die Bürgermeister der einzelnen Gemeinden und eine unübersehbare Trauergemeinde vertreten. Auf dem Friedhof wurde der Sarg in das Grab gesenkt. Prälat Schmittthinner sprach das Gebet, die Gemeinde sang Trauervlieder.

Δ Ein neuer Mord in Düsseldorf. Die Schreckensliste der Düsseldorfer Mordtaten ist um einen neuen Mord bereichert worden. Die fünfjährige Gertrud Albermann wurde aus der Aderstraße vermißt. Das Kind wurde zuletzt gegen 19.00 Uhr in Begleitung eines etwa 25jährigen Mannes gesehen. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib waren bisher erfolglos. Es wurde nun auf dem Gelände am Düsseldorf unweit der elterlichen Wohnung ermordet aufgefunden. Zur Stunde weilen die Mordkommission und die Polizei zur näheren Feststellung am Tatort.

Δ Die Ladung des Dampfers „Höchst“ gestohlen. Aus Solombo wird im Zusammenhang mit der Strandung des Sapogdampfers Höchst ein modernes Piratenstück der Einwohner der Insel Minicoi (etwa 500 km. westlich der Südpole Vorderindiens) gemeldet. Nachdem die Mannschaften den Dampfer nach dem Brande verlassen hatten, brachten die Bewohner der Insel die gesamte Ladung der „Höchst“ an Land und versteckten sie. Als die Schlepper zur Bergung der Ladung an der Insel eintrafen, fanden sie nur den leeren Dampfer vor. Alle Verhandlungen mit der Bevölkerung auf Herausgabe der Ladung waren bisher erfolglos. Alle Häfen Indiens sind verständigt worden, um die eintreffenden Segler nach der geraubten Ladung der „Höchst“, die hauptsächlich aus Zinn besteht, zu durchsuchen. Der Wert der Ladung wird auf 4,8 Millionen Mark geschätzt. Lloyd hat nunmehr selbst einen Beamten auf die Insel geschickt, um erneut die Verhandlungen mit den Einwohnern aufzunehmen.

Δ Zeppelinbau in Amerika. In Akron (Ohio) ist mit dem Bau des neuen Riesenluftschiffes „R. 4“, dem amerikanischen Flottenzeppelin, begonnen worden. Das Luftschiff wird in der Lage sein, drei Flugzeuge mitzuführen und wird in seinen Ausmaßen auch die beiden neuen englischen Riesenluftschiffe erheblich übersteigen.

Δ Die Vulkankatastrophe in Guatemala. Aus Guatemala la werden schreckliche Einzelheiten über die Vulkankatastrophe berichtet. Acht große Kaffeeplantagen wurden gänzlich zerstört. Arbeiter wurden auf den Feldern von der glühenden Lava überrascht und verbrannt. Viele Einwohner verbarrikadierten sich in ihren Häusern und erstickten an den heißen Dämpfen. Die meisten Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Neueste Nachrichten.

Schweres Eisenbahnunglück bei Dessau.

Dessau, 11. November. Auf dem Dessauer Bahnhof ereignete sich am Sonntag kurz vor 8 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Der Personenzug Magdeburg-Weipzig, der infolge eines Umbaus auf der Strecke den Güterbahnhof durchfahren mußte, entgleiste. Zwei Reisende und der Heizer wurden getötet, drei weitere Personen schwer verletzt. Der Lokomotivführer hat Selbstmord verübt.

4 Tote, 6 Verletzte in Altona.

Schwerer Unfall bei Aufräumarbeiten am Hauptbahnhof Altona.

Eine Lokomotive fuhr in eine mit Aufräumarbeiten beschäftigte Arbeitskolonne hinein. Hierbei wurden vier Personen getötet, sechs verletzt.

Die amtliche Großhandelsrichtzahl vom 6. November.

Berlin, 10. November. Die auf den Stichtag des 6. November berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche (138,5) um 0,4 p. h. auf 138,9 zurückgegangen.

Hindenburg Ehrenprotector der Weltkonferenz.

Berlin, 10. November. Der Reichspräsident hat sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, bereit erklärt, das Ehrenprotectorat über die im nächsten Sommer in Berlin stattfindende Welt-Kraft-Konferenz zu übernehmen.

Todesfall.

Berlin, 10. November. Im Alter von 63 Jahren starb unerwartet infolge eines Herzschlages der weltliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Vorsitzender des Reichsausschusses der Kirche, Dr. Dr. Duesse.

Eine Verhaftung in der Bombenlegerangelegenheit.

Altona, 10. November. Zu der Bombenanschlagsangelegenheit wird von der Polizeistelle Altona mitgeteilt, daß der flüchtige Herbert Vold, der an den ersten Sandgatanaten und Bombenanschlägen beteiligt sein soll, beim Uebertritt über die Schweizer Grenze von bairischen Polizeibeamten festgenommen worden ist.

Unregelmäßigkeiten bei der Stadtverwaltung in Frankfurt an der Oder.

Frankfurt a. d. O., 10. November. Gegen den Dezernenten für die städtische Grundstücksverwaltung, Stadtrat Möllenhoff, bestand seit längerer Zeit der Verdacht, daß er durch Unregelmäßigkeiten in seiner Amtsführung die Interessen der Stadt schwer schädige. Nunmehr hat der Regierungspräsident gegen Möllenhoff ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Amtsenthebung eingeleitet.

Amtliches.

Bekanntmachung.

Im Monat Oktober 1929 sind folgenden Personen Jagdscheine ausgestellt worden:

- 1. Jagdscheine.**
Zacharias, Christian, Landwirt, Elhoff.
Ziegler, Amtsgerichtsrat, Verleburg.
Döpp, Heinrich, Jagdaufsicht, Verleburg.
Eise, Paul, Hüttenbeamter, Almalienhütte.
Schäfer, Heinrich, Schlossermeister, Almalienhütte.
Dresler, Rudolf, Kaufmann, Laasphe.
Nollmann, Fritz, Konrektor i. R., Niederlaasphe.
Sauer sen., Georg, Landwirt, Verleburg.
Schaumann, Hermann, Hüttenbeamter, Laasphehütte.
Roth, Fritz, Gemeindevorsteher, Rischstein.
Roth, Theodor, Oberförsterei-Sekretär, Forsthaus Heidebach.

2. Unentgeltliche Jagdscheine.

- Selge, Hugo, Förster, Markhausen.
Wahl, Heinrich, Förster, Rehsen.
Alsenbach, Wilhelm, Förster, Thrige.
Niedel, Ernst, Waldwärter, Wunderthausen.
Verleburg, den 7. November 1929.

Der Landrat des Kreises Wittgenstein.
Drossel.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag den 12. Nov. 1929, vorm. 10 Uhr versteigere ich in der Wirtschaft S a h m a n n s h a u s e n in Hesselbach

- 1 Harmonium und
 - 1 Schreibtiisch,
- ferner werde ich um 11 1/2 Uhr in der Wirtschaft B l e c h e r in Banse

- 1 Heuwender und
 - 1 Nähmaschine
- öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Hilgenbach, 11. Nov. 1929.

Westerholz,
Gerichtsvollzieher.

Färberei,

chem. Reinigung,

Plättexpressei

von

Wilh. Schneider,

Verleburg

färbt und reinigt alles.

Trauerfachen werden in kürzester Zeit ausgeführt.

Annahmestellen:

Laasphe:

E. Schröder, Gutgeschäft.

Erndtebrück:

E. Bald, Schneidermeister.

Feudingen:

Reinh. Müller.

Die vielen Beweise der Liebe und Verehrung für unsern teuren Entschlafenen und die aufrichtige Teilnahme an unserer Trauer haben das Leid des Abschieds tröstend gemildert.

Wir danken hiermit herzlichst dafür.

Auguste Zimmermann geb. Müller
Dipl.-Ing. Carl Zimmermann
Carola Zimmermann geb. v. Fisenne.

Amalienhütte und Wiedentopf.

INSERIEREN IST DER SCHLUSSEL ZUM ERFOLG.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag sowie zur Gemeindevertretung der Gemeinde Laasphe finden am Sonntag den 17. November 1929

statt. Die Wahl beginnt an diesem Tage um 9 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke sowie die Bezeichnung der Wahlräume sind aus untenstehender Uebersicht ersichtlich.

Die amtlich hergestellten Stimmzettel und Umschläge werden an die Wahlberechtigten im Wahlraum ausgegeben. Andere Stimmzettel oder Umschläge dürfen im Wahlraum weder ausgelegt noch verteilt werden.

Zur Stimmabgabe dürfen nur die amtlich hergestellten, im Wahlraum ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wahlberechtigte durch ein auf den Stimmzettel zu legendes Kreuz oder in sonstiger Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Der Wahlberechtigte darf auf dem Stimmzettel nur einen Wahlvorschlag zu diesem Zweck ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen, andernfalls ist sein Wille nicht unzweifelhaft zu erkennen und der Stimmzettel ungültig.

Die Stimmzettel dürfen nur in den amtlich gelieferten, im Wahlraum ausgegebenen Umschlägen von dem Wahlberechtigten dem Wahlvorsteher übergeben werden.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich hergestellten Stimmzettel unterscheiden sich in der Farbe und dem Aufdruck voneinander in der Art, daß die Stimmzettel für die Gemeindevahlen auf weißlichem Papier den Aufdruck „Gemeindevahl“, die für die Amtswahlen auf grünlichem Papier „Amtswahl“, die für die Kreistagswahl auf bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Provinziallandtagswahl auf rötlichem Papier „Provinziallandtagswahl“ tragen.

An Stelle des Aufdrucks „Gemeindevahl“ ist in Städten der Aufdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde- und Amtswahlen einerseits und für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen andererseits in je einem gemeinsamen Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amtswahlen sind von weißlicher Färbung, die für Kreis- und

Naumanns Nähmaschinen

find und bleiben die besten.

Generalvertreter:

August Mittelmann, Laasphe.

Auf Wunsch Teilzahlungen. Reparaturen an Nähmaschinen auch an anderen Marken werden prompt u. billigt ausgeführt.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 12. November.

6.30: Wetterbericht und Zeitangabe; anst. Morgengymnastik. 18.15: Werbefonzert. 18.30—14.30: Schallplattenkonzert: Kammermusik. 15.15—15.45: Stunde der Jugend. 16—17.45: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.00: Von Kassel: „Westfälische Wasserburgen und Kirchen“. 18.20: Von Kassel: „Wie mache ich mein Testament?“. 18.30: Funkhochschule. 18.50: Französische Literaturproben. 19.05: Französischer Sprachunterricht. 19.30: Von Stuttgart: Im Wiener Wurfelprater, eine heitere Hörbilderreihe. 20.30: Von Stuttgart: Zeitgenössische Musik. 22—23.00: Von Stuttgart: „Bei uns zu Lande“. Martini. 23.15: Von Mannheim: Tanzmusik.

Provinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung. Sie tragen außerdem den Aufdruck „Gemeinde- und Amtswahl“ bezw. „Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinziallandtagswahl“.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahlraums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinziallandtag. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel zum Kreistag und Provinziallandtag. Liegt er aber sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheines aus, so erhält er

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zur Gemeindevertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist, und die Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Kreises ausgeteilt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und Provinziallandtagswahl,

b) in allen anderen Fällen nur ein Stimmzettel für die Wahl zum Provinziallandtag.

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bezw. dem Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in den Nebenraum oder an den gegen Sicht geschützten Nebentisch zu begeben, dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, auf den Stimmzetteln bezw. dem Stimmzettel in der vorgeschriebenen Weise zu kennzeichnen und diese alsdann in den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Nebenraumes oder Nebentisches hat er den Umschlag mit den darin befindlichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Er erhält darauf von einer zu diesem Zwecke aufgestellten zweiten Amtsperson einen weiteren Umschlag und zwei amtlich hergestellten Stimmzettel für die Wahl der Gemeinde- bezw. Amtsvertretung. Mit diesem Umschlag und diesen Stimmzetteln hat er sich in einen zweiten Nebenraum oder an einen zweiten Nebentisch zu begeben, dort auf den Stimmzetteln die Wahlvorschläge zu kennzeichnen, denen er seine Stimme geben will, und alsdann die Stimmzettel in den für sie bestimmten Umschlag zu legen. Die oben erwähnte zweite Amtsperson hat darauf zu achten, daß der Wahlberechtigte beim Verlassen des zweiten Nebenraumes oder Nebentisches beide Umschläge in der Hand trägt. Der Wahlberechtigte hat sodann mit beiden Umschlägen an den Tisch des Wahlvorstandes zu treten. Er nennt zuerst dem Wahlvorsteher unaufgefordert seinen Namen, den der Wahlvorsteher alsdann dem Schriftführer zuruft. Dieser gibt dem Wahlvorsteher alsdann an, zu welchen der verbundenen Wahlen der Wahlberechtigte ausweislich der Wählerliste wahlberechtigt ist.

den Gräten fallen, und auf seinem Gut gab es sicher Eier, Butter und Fleisch in Hülle und Fülle.

Endlich entdeckte er Hella und ging schnell auf sie zu, verneigte sich tief, küßte die ihm gebotene Hand mit Inbrunst und reichte ihr dann die Rosen.

„Gnädiges Fräulein — ich habe mir erlaubt, Ihnen diese Rosen mitzubringen als Dank für Ihre liebenswürdige Erlaubnis, daß ich Ihnen Gesellschaft leisten darf.“

Hella barg ihr leicht gerötetes Gesicht in die Rosen, dann bot sie ihm einen Platz ihr gegenüber an.

„Vielen Dank, Herr von Fürstenberg! Bitte, nehmen Sie Platz! — Ober, bringen Sie mir, bitte eine Vase für die Blumen! — Was sagen Sie zu diesem wundervollen Saal, Herr von Fürstenberg? Ist er nicht wunderschön?“

Heinz sah sich um und konnte ihr nur beipflichten. Bei dem Anblick der so verschieden gearteten Männerbilde bemerkte, was ihn in eine angenehme, vergnügte Laune versetzte.

„Ja, ja, meine Lieben, staunt nur neidisch — wer hat — halt! Saha! dachte er befriedigt und strahlte Hella vergnügt an.“

„So vergnügt, Herr von Fürstenberg?“

„Gut, ich nicht? Geht's mir nicht gut?“

„Zu gut, deshalb gibt es jetzt Arbeit für Sie!“

„Erbarmen, gnädiges Fräulein — ich hab' nur Achtungsbewusstsein.“

„Hilft Ihnen alles nichts — Sie müssen das Souper zusammenstellen!“

„Das war ja niedlich! Er konnte doch ihren Appetit nicht nach seinem Geldbeutel einstellen! — Weil er aus Mangel an Lebensflug mächtig lebte, konnte er sie doch nicht Mangel an Lebensflug leiden lassen!“

Herr Gott im Himmel, wirft billige Preise herab, betete er im tiefsten Herzen und griff mit edlem Mannesmut nach der Speisekarte.

„Mit dem größten Vergnügen, mein gnädiges Fräulein! Möge mich der liebe Gott erleuchten, daß ich Ihren Geschmack treffe!“

Es kam Heinz bellemmend zum Bewußtsein, daß er in der letzten Minute ein bißchen reichlich viel vom lieben Gott verlangte, und klein und bescheiden sah er in die Speisekarte. Und siehe da, sein lieber Gott hatte ihn doch erhört — die Preise waren mäßig, dem Zimmerpreis angemessen, und standen in keinem Verhältnis zu den eleganten Grads der Keller. Sein Lebensmut stieg, und wieder sah er Hella tief in die schönen Augen.

Kursus

im Holz-, Marmor- und Schildermalen beginnt 2. Dezbr. 1929.

Alles Nähere durch:

Karl Kämmerer
Dekorations-Malermeister
Laasphe / Telefon 185

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutarmut, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern, Appetitlosigkeit, nervösen Magenbeschwerden soll man Doppelherz, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel nehmen. Probeflasche M. 2,20 große Flasche 4,- u. 5,- Doppelherz-Dragees M. 1.50.

Niederlage:
Wittg. Drogerie, Max Hintz Laasphe.

Wegen Krankheit keine Sprechstunden

Dr. Reipen

Halb-, Nasen-, Ohrenarzt
Siegen i. W.

Safer Stroß

Liefert auf Bestellung frei Haus.
Heinrich Schmidt, Banse.

Anzeigen.

die an einem bestimmten Tage erscheinen sollen, müssen rechtzeitig (nicht erst am Tag oder Vorabend der Ausgabe) aufgegeben werden. Anzeigen können nur in dringenden Fällen gemacht werden.

Liebt der Wahlberechtigte sein Wahlrecht auf Grund eines Wahlscheines aus, so hat er dem Wahlvorsteher seinen Namen zu nennen und ihm den Wahlschein zu übergeben. Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Betrifft zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wähler des Abstimmungsbezirks, der hierdurch betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Laasphe, den 1. November 1929.

Der Magistrat: Pränger.

Abstimmungsbezirk 1:

König-, Wasser-, Berg-, Schloßstraße, Schloßberg, Fürstentweg, Wilhelm-, Wall-, Brunnen-, Mauerstraße, Kirchplatz, Steinweg und Dillstein.

Wahlraum: Klasse 1 der evgl. Schule, Laasphe (Wilhelmshofplatz).

Wahlvorsteher: Prozeßagent Wilh. Fischbach, Laasphe. Stellvertreter: Kaufmann Hans Kämmerer, Laasphe.

Abstimmungsbezirk 2:

Bahnhofstraße, Siedlung Bahnhofstraße, Friedrichstraße, Puderbachweg, Kalleborn, Forsthaus Hirsgründ, Steinacker-, Feld-, Kiet-, Bräden-, Grabenstraße, Wilhelmshofplatz, Mühlen-, Damm-, Garten-, Kahn-, Dankestraße, Fesselbacherweg, Buchwiesenstraße, Ditzroderweg, Im Brühl, Am Gang.

Wahlraum: Die Turnhalle in Laasphe, Bahnhofstraße. Wahlvorsteher: Studiendirektor Dr. Kiffel, Laasphe. Stellvertreter: Baubereiter G. Helwes, Laasphe.

Abstimmungsbezirk 3:

Laasphehütte. Wahlraum: Wirtschaft Wagner, Laasphehütte. Wahlvorsteher: Schloffer Hermann Wagner, Laasphehütte. Stellvertreter: Schloffer Fr. Höfe, Laasphehütte.

Abstimmungsbezirk 4:

Schloßbezirk Wittgenstein. Wahlraum: Gürtel, Verwaltungsgebäude. Wahlvorsteher: Verwaltungsführer G. Hent, Laasphe. Stellvertreter: Forstsekretär Alfred Dreisbach, Laasphe.

Die vier Glückslinder vom Kleeblattschloß

Ein heiterer Roman von Friede Vixner.

12] (Nachdruck verboten)

Schnell ging Heinz zu dem Preisanschlag und las. — Gottlob, die Preise waren wirklich zivil! Wenn die Verpflegungspreise auch so mäßig, dann ging es schon für zwei bis drei Tage.

„Anten im Speisesaal ist's also auch erträglich?“ „Wenn ich Ihnen das sage, können Sie Ziti drauf nehmen. Ad fenne doch Berliner Preise, id war im Altona-Hotel — bet ist man bloß was für Fürstentens. Aber hier kann ruhig schon ein kleiner Bankeamter wohnen.“

„Ei was?“ „Ichrie Heinz ihn an und sprang wie von der Tarantel gestochen von dem Stuhl auf.“

„Ad hab' man bloß Bankeamter gesagt,“ meinte Heinrich ganz verschüchtert.

„Wie kommen Sie denn aber gerade auf den Verus?“

„Da hat jestern noch ein Bankeamter hier in der Zimmer gewohnt, und der hat ganz bon jehle.“

„Ach so!“ Heinz atmete erleichtert auf. „Es ist gut, Heinrich, ich danke Ihnen.“ Und vornehm, aber kühl winkte er dem Hausdiener ab, der im Hinausgehen bei sich meinte, daß man doch nie wisse, wie man mit den großen Herren daran sei.

Nachdem nun Heinz den Zimmerpreis wußte und sich auch sonst ein wenig umgesehen hatte, ging er zum Fenster, um die Aussicht einmal in Augenschein zu nehmen.

Sein Fenster ging nach dem Gartenplatz des Kreuzganges hinaus, und ihm gegenüber lag über dem Kreuzgang das hohe Hauptgebäude des Hotels.

Heinz stand an der Tür des großen Speisesaales und sah sich suchend nach Hella um, bis er sie entdeckte. Er hatte einen großen Strauß herrlicher Rosen in der Hand.

Indem er für die Tage bis zu seinem Schloßbesuch auf jeglichen Rauchgenuss, also Enthaltsamkeit jeglicher Zigarre und Zigarette, verzichtete, hatte er sich ausgerechnet, daß er dafür Hella Rosen bringen konnte. Auch war er in sich gefestigt, allen Ladungen der Speise- und Weinarte entgegen, seinen Appetit streng in den Grenzen seines Geldbeutels zu halten. Es würde das zwar ein schweres Stück Arbeit werden — aber was tut man nicht alles aus Liebe! Bis Soppienlust wird er schon nicht von

„Warum sehen Sie mich denn so prüfend an?“

„Ich fuche Ihren Gesichtsausdruck zu erröthen. Ich meine soll — Sie sehen mir sehr nach Schnitzel aus. Stimmt es?“

„Aber gerade ins Schwarze getroffen!“ lachte Hella auf.

„Sehen Sie — mein Mut steigt. Ich schlage also vor: Krebschwanzgarnapponasse, Bouillon mit Rindermark, Blauschinken gebaden, Schnitzel mit Schoten und Kartoffeln, Pfirsichsompott. — Ist es gut so?“

„Ausgezeichnet! Ich kann Sie nur loben.“

„Also dann bitte, Herr Ober — notieren Sie! Und dann bringen Sie eine Tarragona. Aber, bitte, nicht so schnell servieren und jedes Gedächtnis anrichten!“

„Sehr wohl! Es soll doch auf die Zimmerrechnung notiert werden?“

„Sehr richtig! Zimmer 48 und 39,“ sagte Hella schnell.

Sie vergnügte sich im stillen, wie tadellos Herr Bankeamter Hillberg den Keller dreifachte. Er war jedenfalls zum Schloßberger geboren. Jetzt widmete sich Heinz ihr wieder voll und ganz.

„Sagen Sie, gnädiges Fräulein, ist nicht der liebe Gott ein ganz famoser alter Herr, daß er uns hier so gemütlich im Schloßhotel beisammensitzen läßt?“

„Glauben Sie, daß der liebe Gott sich wegen so einer Kleinigkeit bemüht?“

„Wegen noch viel kleinerer Sachen,“ sagte Heinz und dachte daran, daß der liebe Gott die Speisekarte so mäßig gehalten hatte. „Darf ich Ihnen einschenken?“

„Ja, bitte, aber nur halbvoll.“

„So, gnädiges Fräulein, und nun wollen wir den ersten Schlud auf unsere neue Freundschaft trinken!“

„Nein, Herr von Fürstenberg, den ersten Schlud muß ich einem Menschen weihen, dem ich unendlich viel Gutes verankte.“

„O, da haben Sie recht, das tue ich auch! Ich habe auch in einen Wundermenschen in meinem Schicksal, dem ich alles verdanke. Ihm sei der erste Schlud geweiht!“

Andächtig tranken die beiden Menschen mit dankerfülltem Herzen auf das Andenken dessen, der sie so glücklich gemacht hatte.

Robert von Berg, und gelobten sich jeder heimlich, sich seiner würdig zu zeigen.

Hella wußte wohl ganz genau, wem Heinz sein Glas geweiht hatte; jedoch er zerbrach sich den Kopf, wem sie wohl und wofür zu Dank verpflichtet war.

(Fortf. folgt.)